

mandelbaum *verlag*



Gabriele Anderl

# JÜDISCHES LEBEN IN WIEN-LANDSTRASSE

Mit Gastbeiträgen von Robert Knight und  
Sibylle Summer

mandelbaum *verlag*

Gedruckt mit Unterstützung von



**Stadt  
Wien**

Kultur

**ZukunftsFonds**  
der Republik Österreich



**NATIONALFONDS**

DER REPUBLIK ÖSTERREICH FÜR OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS



**HSF**

INSTITUT  
FÜR HISTORISCHE  
SOZIALFORSCHUNG



*Wir danken allen Privatpersonen und Institutionen,  
die Fotos zur Verfügung gestellt haben.*

ISBN: 978-3-99136-115-2

[www.mandelbaum.at](http://www.mandelbaum.at)

© mandelbaum verlag eG, Wien 2026

[office@mandelbaum.at](mailto:office@mandelbaum.at)

Wipplingerstr. 23, 1010 Wien

Alle Rechte vorbehalten

Projektkoordination: KATHRIN WOHLMUTH-KONRAD

Lektorat: MONIKA HALBINGER

Satz: BERNHARD AMANSHAUSER

Umschlaggestaltung: MICHAEL BAICULESCU

Umschlagfoto: Erna Kremer (Ruth Rix)

Umschlagfoto Rückseite: Jutta Jabloner und Inge Hungerleider auf dem Schiff  
nach Shanghai (Ingeborg Hungerleider)

Druck: PRIMERATE, Budapest

# Inhaltsverzeichnis

|     |                                                                                     |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------|
| 7   | Einleitung                                                                          |
| 11  | Die jüdische Bevölkerung von Wien-Landstraße                                        |
| 26  | Zu diesem Buch und den Quellen                                                      |
| 33  | Die Wiener Gesera                                                                   |
| 36  | Das religiöse Leben und die jüdischen Vereine                                       |
| 60  | Das Allgemeine österreichische israelitische<br>Taubstummeninstitut                 |
| 63  | Jüdische Unternehmen und der Schlachthof St. Marx                                   |
| 92  | Die Familie Mautner-Markhof                                                         |
| 99  | Armenarzt und Kommunalpolitiker: Ignaz Mandl                                        |
| 102 | Salmgasse 2 (Rasumofskygasse 18):<br>Palais Salm (auch: Palais Salm-Reifferscheidt) |
| 116 | Die Sofiensäle                                                                      |
| 127 | „Reilpartien“ in Erdberg                                                            |
| 139 | „Arisierte“ Apotheken im dritten Bezirk                                             |
| 144 | Die Radetzkysschule in der Radetzkystraße 2 a nach 1938                             |
| 151 | Das Lager Gänsbachergasse                                                           |
| 160 | Das „Versorgungshaus“ für Alte und Sieche in der<br>Radetzkystraße 5                |
| 175 | Der Aspangbahnhof                                                                   |
| 187 | Porträts                                                                            |
| 420 | Straßenbenennungen                                                                  |
| 438 | Nach 1945                                                                           |
| 486 | Jakob, Eugenie (Jenny) und Mary Steinhäuser                                         |
| 492 | GASTBEITRAG von Sibylle Summer über Mary<br>Steinhäuser                             |

|     |                                                                  |
|-----|------------------------------------------------------------------|
| 497 | GASTBEITRAG von Robert Knight über seine deportierten Verwandten |
| 510 | Anmerkungen                                                      |
| 568 | Literatur                                                        |
| 580 | Abbildungsverzeichnis                                            |
| 582 | Abkürzungsverzeichnis                                            |
| 583 | Autor:innen                                                      |
| 584 | Dank                                                             |

„Schwerer ist es, das Gedächtnis der Namenlosen zu ehren als das der Berühmten. Dem Gedächtnis der Namenlosen ist die historische Konstruktion geweiht.“ (Walter Benjamin )<sup>1</sup>

## Einleitung

Der dritte Wiener Gemeindebezirk, der größte Wiener Bezirk innerhalb des Gürtels, entstand 1850 durch den Zusammenschluss der Vorstädte Erdberg, Landstraße und Weißgerber (früher auch Weißgärber). Seinen Namen erhielt er nach der größten dieser Vorstädte, Landstraße. Ursprünglich erstreckte er sich von der Heugasse (der heutigen Prinz-Eugen-Straße) bis zum Linienwall und von dort bis zum Donaukanal. Durch die Regulierung des Wienflusses und den Bau der Stadtbahn Ende des 19. Jahrhunderts kam es zu starken Veränderungen an der nördlichen Grenze des Bezirks, der heute eine Fläche von 7,4 Quadratkilometern umfasst und knapp hunderttausend Einwohner:innen zählt. Der Bezirk Landstraße umfasst grundbücherlich nur eine einzige gleichnamige Katastralgemeinde.<sup>2</sup>

Das Gebiet war schon vor der Römerzeit besiedelt. Wo ab 1880 der Aspangbahnhof gebaut wurde, lag die römische Zivilstadt Vindobona. Die spätere Vorstadt Weißgerber war nach der Türkenbelagerung von 1529 im überschwemmungsgefährdeten Rückstaugebiet des Wienflusses durch die Ansiedlung von Gärtnern und Fleischhauern entstanden. Das Bild des späteren Bezirks Landstraße war über Jahrhunderte ländlich geprägt; im 18. und 19. Jahrhundert baute sich der Wiener Adel hier seine Sommerpaläste. Bis heute erhalten sind etwa das Palais Sternberg in der Ungargasse 43, in dem sich das Italienische Kulturinstitut befindet, oder das Nassaupalais in der Reisnerstraße 37, in dessen Erdgeschoss 2002 der „Salon Hofmannsthal“ zur Erinnerung

an Leben und Werk des Dichters Hugo von Hofmannsthal eingerichtet wurde.

Nach der Eingemeindung der Vorstädte setzte in den 1850er und 1860er Jahren die rasterartige Verbauung mit großstädtischen Mietshäusern ein.

Die drei Vorstädte hatten eine recht unterschiedliche soziale Schichtung aufgewiesen, wobei der bürgerlich-mittelständische Charakter der Bevölkerung dominierte. Mit der Ansiedlung von Industriebetrieben stieg vor allem in den äußeren Bezirksteilen der Anteil der Arbeiterschaft beträchtlich, dieser Bereich hob sich nun stärker von der bürgerlich geprägten Zone vor allem im sich etablierenden Botschafts- oder Diplomatenviertel, das sich in etwa zwischen Reisnerstraße, Heumarkt und Rennweg erstreckt, und dem Arenbergviertel ab.

Lange Zeit hatte das Kleingewerbe dominiert, doch schon vor dem Ersten Weltkrieg entstand entlang des Donaukanals ein Industriegebiet mit Unternehmen der Maschinen- und Papierindustrie, der Holzverarbeitenden und der chemischen Industrie. Auch der nahe dem Schlachthaus St. Marx eingerichtete Zentralviehmarkt und das am Donaukanal gelegene Direktionsgebäude der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) in der Dampfschiffstraße 2 waren wichtige Wirtschaftsfaktoren.

Erst im 20. Jahrhundert wurde durch den kommunalen Wohnbau der Zwischenkriegszeit wieder eine gewisse soziale Durchmischung hergestellt. Im Bereich der ehemaligen Vorstadt Erdberg entstanden in der Zeit der Ersten Republik ausgedehnte städtische Wohnhausanlagen wie der Hanuschhof oder der Rabenhof.

Die Abgrenzung des dritten Bezirks gegen die Innere Stadt bildeten das Hauptmünzamt und das heute nicht mehr bestehende DDSG-Direktionsgebäude, heute sind es der Wienfluss und der Stadtpark.<sup>3</sup>

Das Hauptzollamt, das sich bis dahin am Fleischmarkt im ersten Bezirk befunden hatte, war nach Plänen von Paul Sprenger ab 1840 auf einer vorher unverbauten Fläche in der Hinteren Zollamtsstraße 4 errichtet worden. 1848 begann der Bau des Bahnhofshauptzollamts, einer Station der Verbindungsbahn zwischen Nordbahn, Westbahn und Südbahn. Diese Bahnlinie nahm 1860



ihren durchgehenden Betrieb auf. Im Zuge des Baus der Stadtbahn wurde der Bahnhof Hauptzollamt in den 1890er Jahren in Tiefelage verlegt.

Das Gebäude des im Zweiten Weltkrieg fast völlig zerstörten Zollamtsgebäudes wurde abgetragen, 1969 entstand an dieser Stelle das Bundesrechenzentrum.

1864/65 hatte die Stadt Wien an der Adresse Vordere Zollamtsstraße 17, wo heute das Hotel Hilton steht, eine Zentralmarkthalle errichtet. Der Plan, dass landwirtschaftliche Produkte aus allen Gebieten der Monarchie per Bahn angeliefert und hier kommissionell verkauft werden könnten, funktionierte in der Praxis aber nicht.<sup>4</sup> 1868 wurde die Halle deshalb zu einer Großmarkthalle für Fleisch umfunktioniert und der bis dahin auf dem Viehmarkt St. Marx zugelassene Großhandel mit Fleischwaren hierher verlegt. Die mit der Tieflegung der Verbindungsbahn beziehungsweise dem Bau der Stadtbahn verbundene Neugestaltung des gesamten Areals entzog der Großmarkthalle den unmittelbaren Anschluss an die Verbindungsbahn. Mit Beschluss des Gemeinderats von 1896 wurde die Großmarkthalle durch die Neue Fleischhalle in der Invalidenstraße 4, die dem Verkauf importierter Fleischwaren dienen sollte, und die Viktualienhalle in der Invalidenstraße 2 ersetzt. Zusätzlich entstand die für den Großhandel mit Obst und Gemüse genutzte sogenannte Brückenhalle. Die gesamte Anlage wurde als Central-Markanlage für Groß- und Kleinhandel bezeichnet.

Jahrzehnte später wurde die Fleischhalle nach der 1972 erfolgten Übersiedlung des Fleischgroßmarktes nach St. Marx 1982 abgebrochen. An Stelle der 1976 abgetragenen Viktualienhalle eröffnete 1979 der Landstraßer Markt, der in sich die Detailmärkte der früheren Fleischhalle und der Viktualienhalle vereinigte. Die Errichtung des multifunktionellen Gebäudekomplexes Wien Mitte hatte auch die Schließung dieser Markthalle 2008 zur Folge.<sup>5</sup>

Während des Zweiten Weltkriegs war der Bezirk wegen der Bahnhöfe und Großbetriebe Ziel zahlreicher Bombenangriffe, die Zerstörungen, insbesondere im Fasanviertel und am Zentralviehmarkt, waren erheblich.

Nicht zuletzt die Kriegsschäden waren ein Anlass für die großflächige Kahlschlagassanierung des ehemaligen Elendsviertels

Alt-Erdberg nach 1945 – in Neu-Erdberg entstanden rund 1.600 Wohnungen, große Teile des alten Ortsgebietes wurden überschichtet. 1956 begann gemäß einem Beschluss des Stadtsenats die Umgestaltung des Gebietes zwischen Baumgasse, Kleingasse, Hainburger Straße, Schlachthausgasse, Gestettengasse und Wällischgasse. Zu den in diesem Bereich errichteten städtischen Wohnhausanlagen gehören der Franz-Adelpoller-Hof, der Karl-Waldbrunner-Hof und der Leopold-Thaller-Hof. In den 1980er Jahren kamen Einkaufszentren und am Donaukanal und an den Rändern des Bezirks ausgedehnte Anlagen des Bundes hinzu, unter anderem das Österreichische Staatsarchiv, der Rechnungshof und das Hauptzollamt.<sup>6</sup>

Mit dem Abriss der baufälligen, kaum noch bewohnbaren Häuser im alten Erdberg, der schon mit dem Bau des Rabenhofes ab 1925 eingesetzt hatte, um Platz für massive moderne Wohnkomplexe zu schaffen, verschwand auch ein Stück Geschichte von Armut und Marginalisierung. Der Historiker Tim Corbett hat auf Basis von fotografischen, künstlerischen und dokumentarischen Materialien aus dem Bezirksmuseum Landstraße die komplexen Verflechtungen zwischen städtischer Modernisierung auf der einen und romantischer Mythologisierung und Verklärung einer verschwindenden „Heimat“ auf der anderen Seite untersucht, die mit dem schrittweisen Verschwinden des alten Stadtteils Erdberg einhergingen.<sup>7</sup>

## Die jüdische Bevölkerung von Wien-Landstraße

Die Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Wien-Landstraße muss, bei allen lokalen Besonderheiten, auch im Kontext der großen, die gesamte Stadt Wien betreffenden Migrationsbewegungen gelesen werden.

Nach der Revolution von 1848 und der Aufhebung der Leibmunt hatte ein starker Zuzug von Jüdinnen und Juden nach Wien eingesetzt, wenn auch erst das Verfassungsgesetz von 1867 und der interkonfessionelle Ausgleich von 1868 – zumindest auf dem Papier – die Gleichberechtigung brachten. Zunächst kamen mehrheitlich Menschen aus Ungarn und Mähren. Gemäß der Volkszählung von 1857 waren 25 Prozent der Wiener jüdischen Bevölkerung in Ungarn geboren worden (von diesen wiederum 20 Prozent in Preßburg / Bratislava und 5 Prozent auf dem Gebiet des heutigen Burgenlandes), 20 Prozent in Wien, 15 Prozent in Mähren (davon viele in Nikolsburg / Mikulov), 10 Prozent in Galizien und 4 Prozent in Böhmen, der Rest in anderen Teilen und außerhalb der Habsburgermonarchie. Bis zur Volkszählung von 1880 stieg der Anteil der in Wien geborenen Jüdinnen und Juden auf 30 Prozent, die zweitgrößte Gruppe mit 28 Prozent waren die in Ungarn Geborenen.

Die Volkszählung von 1900 wies Staatsfremde auch nach Konfessionen aus. Unter den 49.784 Staatsfremden mit mosaischem Glauben waren 45.055 in den Ländern der heiligen Ungarischen Krone beheimatet, das waren 30,6 Prozent der Wiener jüdischen Bevölkerung. Die Zuwanderung aus Galizien und der Bukowina setzte in größerem Ausmaß erst im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ein, verstärkt während des Ersten Weltkriegs durch die Fluchtbewegungen aus diesen Regionen nach Wien. 1918 waren von 38.772 Geflüchteten in Wien 34.223 jüdisch, unter ihnen viele orthodox-religiöse und besonders zahlreiche verarmte Menschen.

Mit 201.513 Personen erreichte die jüdische Gemeinde 1923 ihren bis dato zahlenmäßigen Höchststand.

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts mussten Jüdinnen und Juden bestimmte ökonomische Funktionen übernehmen, hauptsächlich im Handel und im Geldverkehr. Vor allem überließ man ihnen den „sündhaften“ Geldverleih gegen Zinsen. Diese jahrhundertelange Reduktion auf einzelne Berufssegmente prägte auch noch die Berufsstruktur der Wiener jüdischen Bevölkerung im 19. und 20. Jahrhundert. Mit der Emanzipation sank allerdings auch die Zahl der im Handel Tätigen: 1870 waren noch 55,6 Prozent der jüdischen Bräutigame, 1910 nur noch 33,3 Prozent von ihnen in diesem Bereich beschäftigt, der Anteil der Angestelltenberufe stieg hingegen von 2,8 auf 35,2 Prozent.

Das Bestreben, den Nachkommen – vor allem den männlichen – eine höhere Ausbildung zu ermöglichen, war in der jüdischen Bevölkerung stark ausgeprägt. So waren im Studienjahr 1885/86 von insgesamt 5.926 an der Universität Wien inskribierten Studierenden 35,4 Prozent jüdischer Konfession. Bevorzugte Studienrichtungen waren wegen der geringen Karrierechancen im öffentlichen Dienst die Fächer Jura und Medizin, die eine spätere freiberufliche Tätigkeit ermöglichten.

Durch die Ankunft zahlreicher Flüchtlinge im Ersten Weltkrieg nahm die berufliche Kluft zwischen jüdischer und nicht-jüdischer Bevölkerung zu. Der Anteil der im Handel und Verkehr tätigen Jüdinnen und Juden stieg bis 1934 wieder auf 54,5 Prozent, bei der nichtjüdischen Bevölkerung war er mit 26 Prozent in etwa stabil geblieben, jener der jüdischen Beschäftigten in Industrie und Gewerbe war auf 23,4 Prozent gesunken, in der nichtjüdischen Bevölkerung hingegen auf 50,2 Prozent gestiegen. In einigen Sparten waren Jüdinnen und Juden besonders stark vertreten: 1936 waren 62,7 Prozent der Wiener Zahnärzt:innen, 62 Prozent der Wiener Rechtsanwält:innen und 47,2 Prozent der Ärzt:innen sowie 67,6 Prozent der im Kürschnergewerbe, 39,8 Prozent der in der Juwelenbranche, 74,3 Prozent der im Weinhandel, 73,3 Prozent der im Textilhandel, 60,6 Prozent der im Handel mit Spirituosen und 53 Prozent der im Schuhhandel Tätigen jüdisch.<sup>8</sup>

Nach einer Berufsgliederung der Wiener Jüdinnen und Juden in der Zeitung *Der Jude* vom Jänner 1938 waren 1936 2.163 Rechtsanwält:innen in Wien eingetragen, 1.341 von ihnen waren jüdisch. Dieser hohe Anteil hatte primär damit zu tun, dass ihnen

„die ‚verschiedenen Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftsstellen‘ verschlossen waren. So betrug der Anteil von Juden an den Wiener Gemeindebediensteten 1937 nur ein Viertelprozent und österreichweit waren von den öffentlichen Angestellten nur 0,28 Prozent Juden, wobei nach dem Februar 1934 Entlassungen wegen sozialdemokratischer Vergangenheit diesen Anteil noch weiter verringerten“,

wie Barbara Sauer und Ilse Reiter-Zatloukal festhalten.<sup>9</sup> Antisemitische Gruppierungen kritisierten nicht nur die zahlenmäßige Dimension, sondern, wie die *Wiener Neuesten Nachrichten* im März 1934 schrieben, auch, dass die Rechtsanwaltschaft „in einem gänzlich unerträglichen Maße mit Ostjuden durchsetzt“ sei. Gefordert wurde nicht nur ein Ende der Einbürgerung von „Ostjuden“, sondern darüber hinaus auch eine „Überprüfung der Einbürgerung wie auch eine Überprüfung der Zulassung zur Ausübung des Berufes“.<sup>10</sup>

Es gab jedoch auch Jüdinnen und Juden, die in ganz anderen Berufszweigen tätig waren, so etwa die Inhaber der Steinmetzfirmen Wulkan & Neubrunn am Rennweg 110, Carl Benedict am Rennweg 112 und M. Sonnenschein in der Adamsgasse 5 im dritten Bezirk.<sup>11</sup>

Nach den vorhandenen Überlieferungen hatten seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert jüdische Familien auf dem Gebiet des heutigen Bezirks Landstraße gelebt. Um 1830 fand eine verstärkte Zuwanderung von Jüdinnen und Juden, vor allem aus Böhmen, Mähren, dem Gebiet der heutigen Slowakei, dem heutigen Burgenland sowie aus Ungarn und Serbien in die Vorstadt Landstraße statt. Ab 1850 sind vermehrt aus Galizien stammende Familien in den Geburtenbüchern der Israelitischen Kultusgemeinde für das Gemeindegebiet Landstraße nachweisbar. Im Zeitraum zwischen 1870 und dem Ende des Ersten Weltkriegs lag der Anteil von Personen jüdischer Konfession bei 6 Prozent der Bezirksbevölkerung.

Aufgrund der Zerstörung ganzer Landstriche während des Ersten Weltkriegs flüchteten Hunderttausende Menschen, besonders

Telefon Nr. 7109.

Die schönsten, besten und  
billigsten

**Grab- und Gruftmonumente**

— מצבת —  
bei

Stadt-Steinmetzmeister

**Wulkan & Neubrunn**

WIEN

III/4, Ausser der St. Marxer Linie.  
(Anfang der Simmeringer Hauptstrasse.)

Preis-Courante franco und gratis.

**DAMPFSCHLEIFEREI, DREH- UND SÄGEWERKE.**

Gegründet 1880. Telefon 6406.

Die schönsten und  
billigsten

מצבת

**GRUFT- UND GRABMONUMENTE**

מצבת  
aus in- und ausländ.  
Granit, Porphyr, Syenit, Marmor,  
Sandstein etc. etc.  
bester Qualität kauft man nur bei

**M. SONNENSCHNEIN**  
bürgl. Stadt-Steinmetzmeister  
und k. k. handelsgerichtl. beeideter Schätzmeister

Wien, III., Adamsgasse 5.

Kostenüberschläge  
gratis und franco

Bild 1: Zeitungsinsertate  
der Steinmetzfirma  
Wulkan & Neubrunn  
sowie M. Sonnenschein  
(Die Neuzeit, 3.9.1897,  
S. 8)

aus den Kronländern Galizien und Bukowina, nach Wien. Viele von ihnen waren jüdischer Konfession, sodass die Wiener jüdische Gemeinde zu dieser Zeit beträchtlich anwuchs. In der Zwischenkriegszeit vergrößerte sich der Anteil der Jüdinnen und Juden der Landstraße auf 12,5 Prozent der Gesamtbevölkerung des Bezirks. Gleichzeitig setzte die österreichische Politik in der Nachkriegszeit alles daran, die sogenannten „Ostjuden“ aus Wien zu vertreiben und in ihre zerstörten Städte und Dörfer abzuschieben. Sowohl Rückführaktionen des Militärs als auch die zunehmende antisemitische Gewalt führten so bis 1938 wieder zu einer Verkleinerung der jüdischen Gemeinde Wiens, und auch in Wien-Landstraße ging der Anteil der Jüdinnen und Juden auf 8,5 Prozent zurück.<sup>12</sup>

Gemäß der Volkszählung von 1923 war der dritte Bezirk mit 14.204 Personen jener mit der viertgrößten jüdischen Bevölkerung Wiens, die damals insgesamt 201.513 Menschen zählte. An der Spitze stand die Leopoldstadt mit 59.722 Bewohner:innen jüdischer Kon-

fession, gefolgt vom Alsergrund mit 23.746 und der Brigittenau mit 17.572 Personen jüdischen Glaubens. Von den damaligen Jüdinnen und Juden mit Wohnsitz in Wien-Landstraße waren 8.359 im Ausland – meist in den östlichen Gebieten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie – geboren worden.<sup>13</sup>

Bis zur Volkszählung 1934 – der letzten vor dem „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland – war die jüdische Bevölkerung Wiens auf 176.034 Personen zurückgegangen, womit sie aber immer noch 9,4 Prozent der Gesamtbevölkerung der Stadt ausmachte. Im dritten Bezirk lebten noch 12.947 Jüdinnen und Juden – 9,2 Prozent der Bezirksbevölkerung (im zweiten Bezirk waren es 34 Prozent).<sup>14</sup>

Bis zum „Anschluss“ Österreichs waren in diesen Statistiken nur jene Personen als Jüdinnen und Juden ausgewiesen, die als Mitglieder einer jüdischen Gemeinde eingetragen waren. Menschen mit jüdischen Vorfahren, die aus der Israelitischen Kultusgemeinde ausgetreten und entweder zum Christentum konvertiert oder konfessionslos geblieben waren, wurden nicht erfasst.

Somit stellt sich auch die wesentliche, aber durchaus auch heikle Frage, auf welche Personengruppen sich dieses Buch inhaltlich beziehen kann oder darf – sie lässt sich ohne Bezugnahme auf die Geschichte des Antisemitismus in dieser Stadt und vor allem auf die Shoah nicht beantworten.

Es gab und gibt unter Menschen mit jüdischen Vorfahren ein breites Spektrum an Selbstdefinitionen. Im Wien der Zwischenkriegszeit lebten orthodoxe Jüdinnen und Juden, die streng an den religiösen Vorschriften festhielten, während andere sich auf die Einhaltung der jüdischen Feiertage beschränkten und die Beachtung der Speisevorschriften unterschiedlich streng handhabten. Wieder andere blieben zwar, gewissermaßen aus Tradition, Mitglieder der jüdischen Gemeinde, maßen aber ihrer jüdischen Herkunft im Alltag kaum Bedeutung zu. Es gab die, die ihr Judentum ausschließlich als religiöses Bekenntnis verstanden und teilweise in der Union österreichischer Juden eine organisatorische Heimat fanden, während andere sich dem Zionismus zuwandten und die Jüdinnen und Juden als Volk definierten – als Volk, das ebenso wie andere Völker die Errichtung eines eigenen Nationalstaates an-

strebte. Auch innerhalb des zionistischen Parteienspektrums gab es unterschiedlichste Positionen. Viele, vor allem ältere Zionist:innen unterstützten zwar das Aufbauwerk in Palästina, das nach dem Ersten Weltkrieg 1922 britisches Mandatsgebiet geworden war, zogen aber eine tatsächliche Auswanderung bis zum „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich nicht wirklich in Erwägung oder sahen sie als ein Projekt für die ferne Zukunft.<sup>15</sup>

Wieder anderen versuchten, ihre jüdische Herkunft zu verdrängen oder zu verleugnen. Obwohl dazu keine Statistiken vorliegen, weisen die Recherchen zu diesem Buch darauf hin, dass gerade im dritten Bezirk die Zahl der Austritte aus dem Judentum auffallend groß war, ebenso häufig waren Namenswechsel, durch die man sich „typisch jüdischer“ Vornamen und Familiennamen entledigte. Auch die Zahl interkonfessioneller Ehen und der Konversionen zu einer der christlichen Glaubensgemeinschaften war beträchtlich.

Eine einheitliche jüdische Identität existierte also nicht, wie auch der Historiker Peter Melichar festgestellt hat:

„Auf vielfältige Weise waren die einzelnen Personen, die Familien, die religiösen Gruppierungen, Vereine und Kultusgemeinschaften mit der nichtjüdischen Gesellschaft und dem Staat verbunden. Die lange und komplexe Geschichte des Zusammenlebens und nicht zuletzt die Phase der Assimilation hatte in der Monarchie eine Vielzahl von Verflechtungen verwandtschaftlicher, sozialer, beruflicher und wirtschaftlicher Art zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Konfessionen und Nationalitäten produziert. [...] Ergebnis dieses Prozesses war eine Gesellschaft, in der keine annähernd einheitliche jüdische Gemeinschaft oder Gesellschaft existierte (hatte es sie je gegeben?). Vielmehr handelte es sich bei dem, was als Judentum bezeichnet wurde, nicht um eine wie immer heterogene per se gegebene Gesellschaft, sondern um eine Konstruktion, die unterschiedlichste Personen oder Gruppen erfasste und nach verschiedensten Kriterien als ‚jüdisch‘ identifizierte und klassifizierte. Dabei war es gleichgültig, ob und in welcher Hinsicht und Nuancierung diese als Juden bezeichneten Personen sich selbst als Juden definierten. [...] Die Identitäten waren (und sind) keineswegs auf eine eindimensionale Zugehörigkeit beschränkt



und fixiert, sondern mehrwertig. Wenn jemand sich als Jude fühlte oder sich mit der jüdischen Religion identifizierte, war längst nicht klar, wie wichtig dieses Moment in seiner Persönlichkeitsstruktur war und welche Rolle es im Zusammenhang mit den vielen anderen Momenten spielte, aus denen sich seine Identität zusammensetzte. Was die konfessionellen und völkischen Antisemitismen im Widerstreit mit jüdischen Gruppierungen jedoch sich über Jahre und Jahrzehnte erarbeiteten, war eine Definitionsmacht, der auch jene unterworfen waren, die sich kaum, wenig oder gar nicht als Juden fühlten, sahen oder bezeichneten. [...]

Für jene, die durch die unterschiedlichsten Verfahren als Juden identifiziert und mit dieser Zuschreibung konfrontiert waren, wurden Auseinandersetzungen mit ihren eigenen, bislang ‚alltäglichen‘ und ‚normalen‘, höchst unterschiedlichen Selbstbildern zunehmend unumgänglich. Sie reagierten auf die durch die unterschiedlichen Antisemitismen erzwungene Konfrontation mit ihrer Identität dementsprechend unterschiedlich.“<sup>16</sup>

Für die auffallend hohen Zahlen der Austritte aus dem Judentum, der Konversionen zum Christentum wie auch der Namensänderungen waren vielfach wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend, wobei sich die Hoffnung, durch die Abkehr vom Judentum beruflich besser reüssieren zu können, nur teilweise erfüllte, ehe mit dem „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich das jüdische Leben in Wien und damit auch jenes im Bezirk Landstraße ein abruptes, mörderisches Ende fand.

Peter Melichar ist am Beispiel der österreichischen Antisemitismen der Zwischenkriegszeit der Frage nachgegangen, „wie die Antisemiten sich ihr Hassobjekt konstruierten“.

„Dazu gehörten wesentlich die Versuche, Juden (politisch, juristisch, konfessionell) zu definieren, (als zählbare Berufstätige) zu identifizieren und (in demographischer, wirtschafts- und berufsstatistischer Hinsicht) zu zählen. Die Frage nach den Grundlagen der Rede über Juden zu stellen ist schon allein deswegen notwendig, da antisemitische Argumente, Stereotype, Vorurteile, ja das gesamte intellektuelle Arsenal der diversen Antisemitismen auf dem Wis-

sen beruhen, wer Jude ist und wer nicht. Im Gegensatz zum NS-Staat, der dieses Wissen auf gesetzlicher Grundlage per amtlichem Bescheid produzierte, waren die Antisemitismen in Österreich vor 1938 darauf angewiesen, dieses Wissen ohne allgemein verbindliche, offizielle Richtlinien herzustellen. Das war im Berufs- und Wirtschaftsleben ebenso der Fall wie etwa im Vereinswesen oder im Bereich der Universitäten. Die Frage, wer Jude war und wer nicht, stand im Wien der 1920er und 1930er Jahre auf der Tagesordnung.<sup>17</sup>

Ludwig Hirschfeld, ein bekannter Redakteur der *Neuen Freien Presse*, auf den in diesem Buch noch näher eingegangen wird, bezeichnete es in seinem 1927 veröffentlichten „Reiseführer“ *Was nicht im Baedeker steht* als eine der Wiener Eigentümlichkeiten zu fragen: „Ist er ein Jud?“

„Ist er ein Jud?“ Sie werden sagen: auch anderswo gibt es Juden. Möglich. Auch anderswo sind die Juden nicht beliebt und es fällt mir auch gar nicht ein, hier plötzlich eine Debatte über die Judenfrage eröffnen zu wollen. Ich möchte Sie nur auf die spezifisch wienerische Judenfrage aufmerksam machen. Sie hat gar nichts mit Politik und Rassenantisemitismus zu tun, denn diese Frage wird hier von allen, ohne Unterschied der Konfession, gestellt, von Hakenkreuzlern wie von Juden: ‚Ist er ein Jud?‘ Alle anderen Fragen kommen nachher: Ob der Komponist, der Schriftsteller wirklich Talent hat, ob der berühmte Arzt schon viele Patienten geheilt, der Fußballchampion schon viele Goals geschossen hat. Die primäre Frage lautet: ‚Ist er ein Jud?‘ Erst wenn sie beantwortet ist, dann stellt man sich zu der Leistung des Schriftstellers, des Universitätsprofessors, entsprechend ein. In jedem Gespräch wird man Ihnen damit aufwarten. Wenn Sie Ihrer Verwunderung Ausdruck geben, daß unser größter Gelehrter, Professor Sigmund Freud, der Schöpfer der Psychoanalyse, ein Mann von europäischer Geltung, noch nicht Ordinarius an der Wiener Universität ist – Antwort: Er ist doch ein Jud. Es mag daran liegen, dass so viele interessante und originelle Köpfe Juden sind: Egon Friedell, der raffiniert gescheite Polyhistor, Philosoph und Amateurschauspieler, Raphael Schermann, der Schriftendeuter. Deshalb gebe ich Ihnen den guten Rat: Seien Sie während Ihres

Wiener Aufenthaltes nicht zu interessant und originell, sonst sind Sie hinter Ihrem Rücken plötzlich ein Jud [...].<sup>418</sup>

Peter Melichar bestätigt Hirschfelds Befund, dass die Frage, ob jemand jüdisch sei oder nicht, oft gar nicht explizit gestellt worden sei,

„[...] sondern man wusste beziehungsweise unterstellte, dass eine/r (nach welchen Kriterien auch immer) Jude oder Jüdin sei. Das Identifizieren von Juden, die sogenannte ‚Judenriecherei‘, fand auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft statt. Häufig, aber nicht immer entstand dieses Wissen durch ‚Gerüchte‘, ‚Gerede‘, durch Denunziationen, vor allem durch den in Wien beliebten ‚Kaffeehaus-Tratsch‘. Manche behaupteten, einen ‚Blick‘ für die Abstammung anderer zu haben.“<sup>419</sup>

1932 erklärte der damalige Chef der NSDAP Wien, Alfred Eduard Frauenfeld, man werde in einer großen Menschenmenge „einen Juden [...] *sofort erkennen* [Herv. i. O.]. Man wird ihn auch dann erkennen, wenn er seit Generationen in deutschen Ländern lebt und Deutsch als seine ‚Muttersprache‘ bezeichnet.“<sup>420</sup>

Oft wurden in antisemitischen Publikationen nach fragwürdigen Kriterien Namen jüdischer Firmen oder Freiberufler aufgelistet – ein markantes Beispiel ist eine in diesem Buch zitierte Zeitungsmeldung, in der, Jahre vor dem „Anschluss“, der Anteil von Juden an den Fleischkommissionären und -händlern von St. Marx genau prozentuell aufgeschlüsselt wurde – auf welcher Basis bleibt unklar.

Die offiziellen Definitionen der staatlichen Volkszählungen basierten auf dem Religionsbekenntnis. Erst mit der Einführung der nationalsozialistischen Nürnberger Gesetze von 1935, die in Österreich 1938 Geltung erlangten, änderte sich das.

Die Zehntausenden Jüdinnen und Juden, die während des Ersten Weltkriegs in das Gebiet der späteren Republik Österreich geflüchtet waren, wurden zumeist abfällig als „Ostjuden“ klassifiziert.

Vor allem christlichsoziale und großdeutsche Politiker der Zwischenkriegszeit machten diese angeblichen „jüdischen Schmarotzer“ für den verlorenen Krieg und das materielle Elend der Nachkriegszeit verantwortlich. Allerdings bestanden auch inner-

halb des assimilierten jüdischen Bürgertums zum Teil erhebliche Ressentiments gegen diese Personengruppe, die für den Anstieg des Antisemitismus mitverantwortlich gemacht wurden.

Nach 1918 wurde zahlreichen jüdischen Flüchtlingen, vor allem den aus Galizien stammenden, die sich bereits seit Jahren in Österreich befanden, vom Ministerium für Inneres und Unterricht die Option für Österreich verweigert – mit der Begründung, sie seien „rassisch“ nicht der deutschen Bevölkerung zuzurechnen. Die Rechtspraxis, die zwar auf keine juristische Definition „des Juden“ zurückgreifen konnte, wusste aber offenbar, wer „deutscher Volkszugehörigkeit“ oder „deutscher Rasse“ war und wer nicht. Der Nachweis der deutschen Sprachzugehörigkeit war in diesem Kontext belanglos.<sup>21</sup>

„Die Frage, ob einer Jude war oder nicht, wurde [...] immer gestellt, vor allem, wenn einflussreiche Stellen an den Universitäten oder im öffentlichen Dienst zu besetzen waren. [...] Anlässlich von Berufungsverfahren an der Universität kursierten häufig Listen mit der ‚Rassezugehörigkeit‘ der entsprechenden Professoren“,

schreibt Melichar.<sup>22</sup>

Der 1908 in Tarnopol, Galizien, geborene Juda Weissbrod (später Yehuda Brott), der 1934 ein Pharmaziestudium abgeschlossen und 1936 ein Doktorat in Chemie erworben hatte, konnte, wie er später in einem Interview berichtete, in Österreich keine Arbeit finden. Nachdem er seinen Namen und seinen Geburtsort genannt hatte, erhielt er nach jedem Vorstellungsgespräch eine Absage.<sup>23</sup>

Laut der Historikerin Shulamit Volkov könne man den Antisemitismus vor der NS-Zeit als „kulturellen Code“ verstehen, entlang dem sich die nichtjüdische Bevölkerung gesellschaftspolitisch orientiert habe.<sup>24</sup>

Gemäß dem Urteil des Historikers Steven Beller war die österreichische Gesellschaft und Kultur bis 1938 „janusköpfig“: Die „kosmopolitische und pluralistische Hochkultur der Moderne“ existierte Seite an Seite mit ihrem Schattenbild, geprägt von „ethnischem Konflikt, sozialer und politischer Unterdrückung, Autoritarismus, Rassismus und zügellosem Antisemitismus“. Beides, so Beller, mache den wesentlichen „Beitrag“ Österreichs zum 20. Jahrhundert aus.<sup>25</sup>

Die Errungenschaften der „Wiener Moderne“ leben, wie der Historiker Tim Corbett betont, „bis heute weltweit fort – sie wurden ja von über hunderttausend jüdischen Geflüchteten in alle Welt getragen“, doch könne „keine noch so wohlgemeinte Wertschätzung der prägenden Rolle der jüdischen Bevölkerung im kulturellen und gesellschaftlichen Leben des modernen Österreich“ über das hinwegsehen, was folgte: die Shoah. Corbett unterstreicht auch, dass sowohl die Blütezeit dieses Lebens als auch die Vertreibung und Ermordung der Jüdinnen und Juden untrennbar mit der Geschichte von Wien und Österreich verwoben sind.<sup>26</sup>

Bis zum „Anschluss“ genoss die jüdische Gemeinschaft trotz des allgegenwärtigen Antisemitismus zumindest noch einen gewissen rechtlichen und politischen Schutz durch die Regierung und die Behörden, sogar in der Zeit des Austrofascismus.<sup>27</sup>

Erst die Nürnberger Rassegesetze definierten, dass als Jude oder Jüdin gelte, „wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern“ abstamme. Als „volljüdisch“ galt wiederum ein Großelternteil, der der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hatte. In der Praxis ergaben sich dabei durchaus Probleme der Zuordnung, wobei es mit der Einführung weiterer Kategorien wie „Mischling ersten“ oder „zweiten Grades“ – abhängig von der Anzahl der jüdischen Vorfahren – nicht getan war. „Mischlinge“ konnten etwa als „Geltungsjuden“ eingestuft werden und damit ebenso wie „Volljuden“ behandelt werden, wenn sie 1935 der jüdischen Konfession angehört hatten. Bemerkenswert ist, dass diese von Rasseantisemiten erdachte Definition letztendlich wieder auf das Religionsbekenntnis zurückgreifen musste.<sup>28</sup>

Die Konzentration einer großen jüdischen Minderheit in der Leopoldstadt spiegelte deren tendenziell religiösere Prägung wider, da orthodoxe Jüdinnen und Juden dort eine beeindruckende Infrastruktur an Geschäften mit koscheren Lebensmitteln, Bethäusern und Vereinen vorfanden. „Die Wahrnehmung von Wien-Leopoldstadt als ‚jüdischen Bezirk‘ spiegelte [...] damals wie heute eher eine Art kulturelle Kodierung mit Bezug auf eine äußerst partikularistische – und somit sichtbare – Ausdrucksform des ‚Jüdischseins‘ als eine objektive demografische Realität“, schreibt Florian Wenninger.<sup>29</sup> Er verweist darauf, dass auch andere Stadtgebiete

wie die Ringstraße oder die Mariahilfer Straße „jüdisch“ kodiert gewesen seien, wenn auch auf andere Art und Weise, denn dort kamen stärker antisemitische Stereotype wie jene des „Börsejuden“ oder „Geldjuden“ als das des „Kaftanjuden“ zum Tragen.

Die Verteilung der jüdischen Bevölkerung im Stadtraum reflektierte auch deren Erwerbsstruktur. In gewissen bürgerlichen Berufszweigen waren Jüdinnen und Juden, wie schon erwähnt, tatsächlich überproportional vertreten, und die antisemitische Presse war konsequent darum bemüht, dies zu skandalisieren. Unter anderem galt dies, wie in diesem Buch noch gezeigt wird, für den Kommissionhandel mit Schlachtvieh und Fleisch.

„Die Sichtbarkeit der jüdischen Bevölkerung in bestimmten Berufszweigen befeuerte antisemitische Stereotype [...] und entfachte unter Teilen der nichtjüdischen Bevölkerung einen latent vorhandenen Antisemitismus, der sich auch aus Neid und Gier speiste. Dies blendete allerdings die Realität aus, dass der Großteil der jüdischen Bevölkerung von wachsender Prekarität geprägt war. Im Jahr vor dem ‚Anschluss‘, 1937, war ein ganzes Drittel der jüdischen Bevölkerung arbeitslos und auf wohlthätige Zuwendungen seitens der Israelitischen Kultusgemeinde angewiesen, die ihrerseits sinkende Mitgliedsbeiträge verzeichnete.“<sup>30</sup>

In der Gesamtbevölkerung betrug der Anteil der Arbeitslosen hingegen „nur“ 18 Prozent. Mit diesem prozentuellen Ungleichgewicht konnte allerdings wieder ein anderes antisemitisches Stereotyp bedient werden, das des Juden als „Parasiten“.

„Es ist seit eh und je ein Charakterismus des Antisemitismus, dass es ihm gelingt, die widersprüchlichsten Vorurteile auf Jüdinnen und Juden zu projizieren: zugleich kapitalistisch und bolschewistisch, universalistisch und partikularistisch, reich und mächtig, elendig und arm“, so Florian Wenninger.<sup>31</sup>

Auch die Jüdinnen und Juden des Bezirks Landstraße waren eine religiös, beruflich, sozial und politisch sowie in Bezug auf ihre materiellen Verhältnisse sehr heterogene Gruppe, die demografisch – wie auch große Teil der übrigen städtischen Bevölkerung – von Migration und innerstädtischer Mobilität geprägt war. Wohl gab

es unter ihnen zahlreiche Personen, die ihr gesamtes berufliches und privates Leben schwerpunktmäßig in diesem Stadtteil verbrachten, häufig ist aber auch ein nur vorübergehender Aufenthalt von einigen Jahren oder sogar nur Monaten feststellbar. Es gab Personen, die im dritten Bezirk wohnten, aber in einem anderen Bezirk arbeiteten, dort Betriebe oder Liegenschaften besaßen und umgekehrt. Auch war es üblich, dass junge Menschen bis zum Ende ihrer Ausbildung, zum Erreichen der Volljährigkeit oder bis zur Eheschließung im Haushalt der Eltern lebten und erst dann in eine eigene Wohnung zogen. Anhand der Meldeunterlagen im Wiener Stadt- und Landesarchiv sowie individueller Lebensgeschichten lassen sich die angesprochenen Fluktuationen an vielen Beispielen rekonstruieren.

Aus den in diesem Buch nachgezeichneten Biografien und Familiengeschichten lässt sich auch ablesen, dass viele Jüdinnen und Juden beziehungsweise deren Eltern und Großeltern noch in Gebieten der ehemaligen Donaumonarchie geboren worden und vor oder nach dem Ersten Weltkrieg beziehungsweise während des Krieges nach Wien gezogen waren, teils als Geflüchtete, teils aus wirtschaftlichen Gründen oder in der Hoffnung, ihren Kindern in der Metropole bessere Ausbildungs- und Aufstiegschancen zu ermöglichen.

Nach dem „Anschluss“ erfolgten die vielen Übersiedlungen von Jüdinnen und Juden innerhalb Wiens allerdings nicht mehr auf freiwilliger Basis. Vielmehr wurden die Betroffenen, oft unter Anwendung physischer Gewalt, aus ihren Wohnungen und Unternehmen vertrieben und mussten bei Freunden oder Verwandten, später in völlig überfüllten Sammelwohnungen unterkommen. Sie wurden aus dem Land vertrieben, und, sofern ihnen die Flucht nicht gelang, in der Shoah ermordet.

Allerdings setzte in dieser Zeit auch unter der nichtjüdischen Bevölkerung eine verstärkte Mobilität ein, denn in die rund 60.000 „arisierten“ Wohnungen – darunter zahlreiche Gemeindebauwohnungen – zogen nun „Ariseur:innen“, die sich auf diese Weise ihren Lebensstandard deutlich verbessern konnten. Dasselbe gilt für die zahllosen enteigneten Betriebe.<sup>32</sup> Auch der Austritt aus dem Judentum wie auch die Konversion zu einer christlichen Glaubens-

gemeinschaft schützten in der NS-Zeit nicht vor der Verfolgung, der systematischen Beraubung, Vertreibung und Vernichtung.

Eine bei Jüdinnen und Juden besonders beliebte Wohngegend im dritten Bezirk war das Weißgerberviertel rund um die Löwengasse und die Radetzkystraße, wo zur Zeit des „Anschlusses“ an die 5.000 jüdische Bewohner:innen gemeldet waren. Dies spiegelte sich auch im hohen Anteil jüdischer Schüler:innen in der Volksschule Kolonitzgasse beziehungsweise Löwengasse 12 wider.<sup>33</sup>

Während nicht wenige der jüdischen Bewohner:innen von Wien-Landstraße in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen lebten, waren andere dem Bürgertum beziehungsweise dem Großbürgertum zuzurechnen. Das galt vor allem für jene, die im Arenbergviertel oder in dem zwischen Reisnerstraße, Heumarkt und Rennweg gelegenen Diplomatenviertel wohnten. Die Namen einiger dieser Familien wurden seit den späten 1990er Jahren im Zuge der Debatten um die Entziehung und Restitution von Kunstsammlungen und wertvollen Wohnungseinrichtungen wieder einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und beschäftigen bis heute die Provenienzforschung.

Ein prominentes Beispiel ist die 1886 geborene Valentine Springer, eine Tochter Albert von Rothschilds, die in der Metternichgasse 8 und im niederösterreichischen Schloss Sitzenberg lebte. Sie wurde enteignet und musste vor den Nationalsozialisten nach Großbritannien flüchten.<sup>34</sup>

Von 1939 bis 1943 hatte die Landesleitung der Reichskammer der bildenden Künste für den Gau Wien in einem Gebäude in der Reisnerstraße 40, das der jüdischen Familie Pick entzogen worden war, ihren Sitz.<sup>35</sup>

Nur wenige Jüdinnen und Juden überlebten die Shoah in Wien, es handelte sich großteils um Personen aus „Mischehen“, also mit „arischen“ Partner:innen, die dem massiven Druck der Nationalsozialisten, sich scheiden zu lassen, widerstanden hatten. Angestellte der jüdischen Gemeinde, die eine Zeit lang einen prekären Schutz genossen hatten, waren hingegen nach und nach bis auf wenige Ausnahmen deportiert worden. Ebenso klein war auch die Gruppe der nach Kriegsende nach Wien zurückgekehrten Überlebenden nationalsozialistischer Konzentrationslager. In der zweiten Hälfte der 1940er Jahre trafen individuelle Rückkehrer:innen



sowie einige organisierte Gruppen aus dem Exil in Shanghai, aus dem sowjetischen Karaganda und aus Palästina wieder in ihrer alten Heimat ein.

Doch von den Angehörigen der aufgezählten Gruppen blieb nur ein Teil längerfristig in Wien, viele konnten sich ein Leben nach der Verfolgung im Land der Täter:innen nicht mehr vorstellen, in einer Stadt, in der sie alles an das Verlorene erinnerte – an die ermordeten Verwandten, den verschwundenen Freundeskreis sowie an den Verlust ihres Eigentums. Manche blieben in der Hoffnung, doch noch Angehörige wiederzufinden, von denen sie keine Nachricht hatten, oder zumindest Teile ihres Besitzes wiederzuerlangen.

In den ersten Nachkriegsjahren war die Mitgliederzahl der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) so gering, dass an ihr längerfristiges Weiterbestehen nicht geglaubt wurde, die Rede war – heute makaber anmutend – von einer „Liquidationsgemeinde“.

Auch im dritten Bezirk ließen sich in den Jahrzehnten nach 1945 wieder Jüdinnen und Juden nieder, wenngleich gemessen an der Zeit vor der Shoah in sehr geringer Zahl. Abgesehen von den wenigen Zurückgekehrten waren es Menschen aus verschiedenen osteuropäischen Ländern, vor allem aus Polen, Rumänien und Ungarn zugewanderte aschkenasische Jüdinnen und Juden sowie ab Mitte der 1970er Jahre jüdische Emigrant:innen aus der ehemaligen Sowjetunion, die ein Überleben und Wiedererstarken der jüdischen Gemeinde ermöglichten. Insbesondere durch die aus Usbekistan und Tadschikistan stammenden bucharischen Jüdinnen und Juden, die den sephardischen Ritus praktizieren, zählt die IKG inzwischen wieder an die 8.000 Mitglieder. Hinzu kommen weitere Personen jüdischer Herkunft, die nicht der IKG angehören. Einige von ihnen haben sich der liberalen Gemeinde Or Chadasch in Wien angeschlossen.<sup>36</sup>